

drängt. Sie ist zugleich eine Frucht des Einheitsdokumentes von Neu-Delhi (vgl. den vollen Wortlaut der Botschaft in: „Die Zeichen der Zeit“, April 1963, S. 144 f.).

Die Kirche der eine Leib Christi

Die Botschaft bekennt, daß die afrikanische Christenjugend in Nairobi im wirklichen Sinne die Einheit des Haushalts Gottes jenseits nationaler, rassischer und konfessioneller Schranken erlebt habe, und fordert, daß im Vertrauen auf den Heiligen Geist für das Zusammenleben der verschiedenen Kirchen die Folgerungen gezogen werden. „Auf unserer Versammlung erforschten wir die Heilige Schrift und hörten auf den Heiligen Geist, um unsere Sendung als verschiedene Mitglieder des einen Körpers Christi zu verstehen. Wir sind überzeugt, daß sein Körper eins ist, wie Er eins ist.“ Mit tiefer Beschämung werden die „skandalösen Spaltungen“ in Denominationen festgestellt. Das Evangelium der Freiheit in Christus und der Versöhnung fordere eine Verwirklichung der Einheit des Leibes Christi. „Wir kehren daher mit der Absicht in unsere Ortsgemeinden zurück, für eine ständig wachsende Manifestierung der kirchlichen Einheit auf örtlicher, nationaler und weltweiter Ebene zu arbeiten.“ Dies sei eine Aufgabe von äußerster Dringlichkeit. Beachtlich sind einige Akzentuierungen des Auftrages zur Erneuerung. Da heißt es zum Beispiel: „Wir sind überzeugt, daß die Kirchen in Afrika der Erneuerung bedürfen. Wir glauben, daß das Leben der Kirchen in Afrika die Freiheit der Kinder Gottes widerspiegeln muß. Wir müssen das Evangelium der Gnade verkündigen und nicht einen ethischen Kodex.“ Man wünscht mehr Gemeinschaft, mehr Laienverantwortung und eine Anpassung der Struktur der Kirchen wie ihres Gottesdienstes an die Bedürfnisse der Gegenwart, dazu den Eintritt in die volle Solidarität mit allen Menschen, denen die Christen in Afrika zu dienen haben.

Eine eigene Verfassung

Das wesentliche Ziel und Ergebnis der Tagung von Kampala wurde erreicht: die einmütige Annahme einer Verfassung, die aus der Allafrikanischen Konferenz eine ständige Einrichtung macht. Sie steht unter vier Präsidenten, die für jeweils vier Jahre bis zum Zusammentritt der nächsten Vollversammlung gewählt werden, und einem Generalauschuß als Leitungsgremium, der jährlich tagt. Präsidenten wurden diesmal Sir Francis Ibiem, Gouverneur von Ost-Nigeria, Pfarrer Titus Rasendrasahina, Madagaskar, Erzbischof Theophilus von der Orthodoxen Kirche Äthiopiens, und Bischof Stefano Reuben Moshi von der Lutherischen Kirche in Tanganjika. Die Verfassung enthält die gleiche christologische „Basis“ wie die des Weltrates der Kirchen, d. h., sie bezeichnet die Konferenz als „eine Gemeinschaft von Kirchen, die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes“. Unbeschadet einer gewünschten Autonomie wird die Konferenz mit dem Weltrat der Kirchen zusammenarbeiten. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß der Generalsekretär des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, und sein Stellvertreter, Bischof Lesslie Newbiggin, sowie der Generalsekretär der Ostasiatischen Christlichen Konferenz, D. P. Niles, anwesend waren. Unter den auswärtigen Gästen waren der russisch-orthodoxe Erzpriester Borovoj, der als Konzils-

beobachter fungiert hatte, und drei Vertreter der römisch-katholischen Kirche, und zwar Jérôme Hamer OP, Kilian Flynn OFM Cap (Nordrhodesien) und Salvator Ndetiko, Weltpriester in Tanganjika.

Es hieß die neue Gründung eines afrikanischen Kirchenbewußtseins verkennen, wollte man sie für den Versuch einer „Superkirche“ halten. Das verbietet nicht nur die lebendige Tradition des Weltrates der Kirchen, sondern auch die ungeheure Vielfalt der afrikanischen „Kirchen“, die vorerst jede überregionale Zusammenarbeit zu einem Problem macht, zumal da man sich praktisch nur in der englischen Sprache untereinander verständigen kann. Es fehlte in den Beratungen weder an Angriffen auf die christliche Mission und ihren Kolonialismus noch an ihrer Verteidigung. Die erheblichen politischen Unterschiede der afrikanischen Staaten ließen manche Spannungen aufkommen. Wesentlicher ist die Einmütigkeit, mit der man positive Reformen befürwortet hat, u. a. die konsequente Durchsetzung der Einehe und die Förderung christlicher Familien.

Aus der totalitären Welt

Die gegenwärtigen Spannungen zwischen Moskau und Peking Im Anschluß an unsern Beitrag „Die ideologischen Spannungen innerhalb des internationalen Kommunismus“ (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 424—429) sollen im folgenden einige weitere Aspekte der nach wie vor anhaltenden Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking dargestellt werden.

Die Beziehungen von April 1962 bis zum Kuba-Konflikt

Die Beziehungen zwischen den beiden Kontrahenten in der Periode zwischen April 1962 bis zum Kuba-Konflikt waren durch verschiedene Momente gekennzeichnet, die auf ein begrenztes Einschwenken Maos auf die Linie Chruschtschows hindeuteten. Zeitweilig wurde die öffentliche Auseinandersetzung erheblich abgeschwächt geführt. Für die im April 1962 beginnende leichte Entspannung gab es u. a. folgende Anzeichen: Anfang April 1962 hatte die sowjetische Presse ihre restriktive Nachrichtenpolitik gegenüber China gelockert. Am 3. April 1962 veröffentlichte die „Pravda“ erstmals seit Dezember 1960 einen Leitartikel der Pekingler parteiamtlichen „Volkszeitung“. In ihm wurde — allerdings in verdeckter Form — eine schwache Selbstkritik an dem „großen Sprung vorwärts“ geübt. Schon die Überschrift des Artikels „Stetig und stufenweise auf festem Grund voranschreiten“ entsprach mehr der sowjetischen Diktion. Auf dem im April 1962 tagenden „Volkskongreß“ mußte Ministerpräsident Tschou En-lai sich dem Druck der katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse beugen und die Zügel im Innern begrenzt lockern. Dies geschah gleichzeitig mit dem Versuch, außenpolitisch Moskau sich wieder anzunähern. Tschous Versicherung „unverbrüchlicher Freundschaft“ zur Sowjetunion wurde damals nicht nur als rhetorische Phrase bewertet. Der Hinweis Tschous auf „gegenseitige Hilfe“ verriet den Wunsch nach umfassender sowjetischer Hilfe. Bemerkenswert war auch, daß sich Tschou damals ausdrücklich zur friedlichen Koexistenz mit anderen sozialen Systemen bekannte und keine Vorbehalte gegenüber den sowjetischen Koexistenzthesen äußerte; er erwähnte jedoch nicht die Möglichkeit eines Abkommens mit den USA.

Die Sowjetregierung schickte am 13. 4. 62 ihren Außen-

handelsminister Patolitschew als Leiter einer Wirtschaftsdelegation nach Peking, um die seit über einem Jahr festgefahrenen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen. Des weiteren war bezeichnend, daß die sowjetischen Parolen zum 1. Mai 1962 nichts Diskriminierendes gegen Rotchina und Albanien enthielten. Andererseits wurden aber bei den Maifeiern in Rot-China wohl zahlreiche Porträts von Stalin, aber keines von Chruschtschow in den Demonstrationen mitgeführt.

Jedoch blieb die sowjetische Haltung auch im April 1962 zwiespältig. Genau in der Zeit, in der Außenhandelsminister Patolitschew in Peking weilte, sandte Chruschtschow seinen Außenminister Gromyko nach Belgrad.

Obwohl die grundlegenden Differenzen nicht ausgeräumt wurden, schien bis in den Herbst hinein das Jahr 1962 sich als ein relativ ruhiges Jahr im chinesisch-sowjetischen Konflikt zu entwickeln. Dabei war es sicher kein Zufall, daß diese Zeit relativer Harmonie zwischen Moskau und Peking in die Phase des verschärften sowjetischen Druckes gegenüber dem Westen fiel. Die harte Politik Chruschtschows in der Berlin-Frage und der Ausbau Kubas zur sowjetischen Raketenbasis fanden die Billigung Pekings.

Am 24. 9. 62 traf das sowjetische Staatsoberhaupt Leonid Breschnew zu einem Staatsbesuch in Jugoslawien ein, um „die Entwicklung der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit dem jugoslawischen Brudervolk zu fördern“, wie die regierungsamtl. „Izvestija“ (22. 9. 62) schrieb. Das gemeinsame jugoslawisch-sowjetische Kommuniqué, das am 3. 10. 62 von Tito und Breschnew unterzeichnet wurde, stellt eine indirekte Verurteilung von Mao Tse-tung und Enver Hodscha dar. Den größten Gewinn erzielte dabei Tito. Ihm gelang es, durchzusetzen, daß die antijugoslawischen Erklärungen der internationalen Tagungen der KP-Führer vom November 1957 in Moskau, vom Juni 1960 in Bukarest und vom November 1960 in Moskau von der Sowjetunion praktisch annulliert und die Beziehungen wieder auf der Grundlage der Belgrader Deklaration vom 2. 6. 55 aufgenommen wurden. In der Deklaration vom Juni 1955 wurde von der Sowjetunion die Berechtigung eines „jugoslawischen Weges zum Sozialismus“ akzeptiert. Chruschtschow hielt jedoch diese Formel damals offensichtlich nur für einen Kompromiß auf Zeit, um Jugoslawien stärker an den Ostblock zu binden und dann Schritt für Schritt immer mehr seine politischen Vorstellungen durchzusetzen. Als ihm dies nicht gelang, schwenkte Chruschtschow im Herbst 1956 wieder auf den harten Kurs gegen Tito um.

Die Annäherung zwischen Chruschtschow und Tito wurde von Rotchina und Albanien mit größter Empörung verfolgt. Beide Staaten waren nicht nur über die politischen Auswirkungen dieser Annäherung verärgert, sondern auch über die wirtschaftlichen. Breschnew war von Handelsexperten begleitet, die Handelsgespräche führten und dabei eine beträchtliche Ausweitung des Handels vereinbarten.

In der rotchinesischen und albanischen Presse wurden erneut schärfste Angriffe auf Tito und die „modernen Revisionisten“ geführt. Die albanische Presse ließ alle Rücksichten fallen. Am 20. 9. 62 veröffentlichte das Zentralorgan der albanischen KP „Zeri i Popullit“ den Artikel „Der zeitgenössische Revisionismus fördert die fundamentale Strategie des amerikanischen Imperialismus“. In diesem Artikel wurde Chruschtschow als der Erzrevisionist hingestellt.

„Zeri i Popullit“ sprach von zwei Richtungen im Weltkommunismus, die nicht mehr lange weder innerhalb einer Partei noch innerhalb der Weltbewegung als ganzes miteinander leben könnten. Alle Kommunisten seien „vor die Alternative gestellt, entweder mit der Chruschtschowgruppe in den Abgrund zu stürzen oder ... den Revisionisten den Todesstoß zu versetzen“.

Die Zuspitzung nach der Kuba-Krise

Sobald die Kuba-Krise beigelegt war und Moskau auch in der Berlin-Frage wieder zurücksteckte, brach der Streit zwischen Moskau und Peking erneut offen aus, und zwar mit einer Heftigkeit, die alles Vorangegangene weit übertraf. Insbesondere in der Kuba-Frage und im Konflikt mit Indien prallten die gegensätzlichen Meinungen aufeinander. Beide Kontrahenten warfen sich gegenseitig Abweichung vom Marxismus-Leninismus vor. Der bis dahin vorwiegend verdeckt geführte ideologische Kampf, in dem beide ihre Angriffe an Deckadressen (Albanien bzw. Jugoslawien) richteten oder in historischen Artikeln verbargen, wurde immer schärfer. Aus dem „ideologischen Buschkrieg“ entstand zusehends eine offene Feldschlacht. Meist wurden zwar noch allgemeine Termini gebraucht (z. B. „die modernen Revisionisten“ oder „die Dogmatiker und Sektierer“), doch waren diese eindeutig auf bestimmte Parteiführer gemünzt.

Vom Standpunkt der Sowjetunion war der rotchinesische Angriff auf Indien ein Verbrechen. Die Sowjetunion war an guten Beziehungen zu Indien, der Führungsmacht im viel umworbenen neutralen Block, sehr interessiert, um ihren Einfluß auf diesen Block allmählich zu verstärken. Die Aggression rotchinesischer Truppen brachte die Sowjetunion in eine schwierige Lage, ebenso auch die KP Indiens. Letztere sah sich sogar genötigt, sich auf die Seite der „kapitalistischen“ indischen Regierung gegen die kommunistischen Angreifer zu schlagen. In der parteiamtlichen Sowjetpresse gab es zunächst nur gewundene Erklärungen, die einer klaren Parteinnahme auswichen. Als sich die Sowjetunion schließlich doch entschloß, stärker zu Indien zu halten und dem Lande auch Flugzeuge zu liefern, da berichteten die rotchinesische Presse und der Rundfunk, haßerfüllt, „die große Schwesternation, Führerin des sozialistischen Lagers, beschloß, Nehru, dem Lakaien der Imperialisten, Waffen zu liefern“.

Einige Zeitungen, u. a. der „Guardian“, äußerten die Ansicht, daß die plötzliche Feuereinstellung der siegreichen rotchinesischen Truppen durch ein sowjetisches Ultimatum erzwungen worden sei. Nur so sei es zu verstehen, daß mitten in der Nacht die ausländischen Korrespondenten in das Außenministerium bestellt wurden, um dort diese Neuigkeit zu erfahren. Für die siegreichen Chinesen hätte sonst kein Grund zu großer Eile bestanden. Möglicherweise hat die Sowjetunion China wissen lassen, daß sie bei einer Weiterführung des Krieges Indien noch stärker beliefern und alle Bündnisverpflichtungen gegenüber Rotchina hinfällig würden.

Der Fünfte Jahrestag der Moskauer Deklaration von 1957 wurde von der Pekinger „Volkszeitung“ und von der Zeitschrift „Rote Fahne“ zum Anlaß für eine neue Auseinandersetzung gewählt. Chruschtschow wurde des Verrats an internationalen Beschlüssen beschuldigt. Mit diesem Vorwurf erreichte der Kampf zwischen den Kontrahenten einen neuen Höhepunkt. Die „Rote Fahne“ beschuldigte Moskau einer falschen Beurteilung der Kräfteverhältnisse und einer unrichtigen Strategie und Taktik:

„In deutlicher Anspielung an Chruschtschows Elogien für Kennedy in dem Briefwechsel zur Kubakrise heißt es weiter, daß die ‚modernen Revisionisten‘ vor der ‚Politik der Stärke Amerikas‘ zitterten und behaupteten, ‚daß die Völker keinen Kampf gegen den Imperialismus und seine Lakaien führen und sich auf den guten Willen der sogenannten ›vernünftigen Vertreter‹ der imperialistischen Kreise verlassen sollen‘. Diese Einstellung sei jedoch ‚Sabotage am Kampf der Völker und an der Revolution‘ ... ‚Wir dürfen nicht unter dem Vorwand einer elastischen Taktik die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus aufgeben und nicht vom Weg der Revolution abweichen, um uns den Verhältnissen anzupassen. Alle Kommunisten sollen deutlich unterscheiden, wie man mit Hilfe des proletarischen Internationalismus das Sektierertum bekämpft und was nur ein Vorwand ist, um mittels Großmachtchauvinismus und engstirnigen Nationalismus gegen den proletarischen Internationalismus zu kämpfen“ (zitiert nach „Neue Zürcher Zeitung“, 21. 11. 62).

Diese Anschuldigungen wurden von der KPdSU prompt mit Gegenklagen beantwortet. Der ZK-Sekretär Boris Ponomarew veröffentlichte am 18. 11. 62 in der „Pravda“ eine lange Entgegnung. Ponomarew wandte sich insbesondere gegen die Anschuldigung, die Sowjetregierung habe Kuba in einem „zweiten München“ verraten.

An dem Artikel von Ponomarew ist bemerkenswert, wie er in neuer Weise die Moskauer Deklarationen vom November 1957 und 1960 auslegt. Als *Hauptaufgabe* wird die rasche Entwicklung der Wirtschaft und der Produktivkräfte herausgestellt, und zwar im friedlichen Wettstreit mit dem Imperialismus, verbunden mit einer außenpolitischen Abschirmung des im Aufbau befindlichen Kommunismus durch Verhinderung eines verheerenden Weltkrieges. Ponomarew stellt im Hinblick auf die sowjetische Kuba-Politik folgende Norm auf:

„Die volle Bedeutung dieser Hilfe besteht darin, dieses Bataillon der internationalen Armee des Kommunismus im Kampf gegen den Imperialismus zu stärken, und nicht darin, es einem bewaffneten Angriff der Imperialisten auszusetzen oder es zusammen mit dem ganzen kommunistischen Lager und der ganzen Welt in einen atomaren Weltkrieg hineinzuziehen“ (zitiert nach „Neue Zürcher Zeitung“, 25. 11. 62).

Der Besuch Titos in der Sowjetunion

Im Dezember 1962 gab es eine weitere ungewöhnliche Verschärfung der Auseinandersetzung, bei der auf beiden Seiten Rücksichtnahmen wegfielen. Als direkten Anlaß zu dieser Zuspitzung muß man den „Erholungsaufenthalt“ Titos vom 3. bis 19. 12. 62 in der Sowjetunion werten. Während dieses „Erholungsaufenthaltes“ hatte Tito oft Gelegenheit, mit Chruschtschow zu sprechen, und ihm wurde die außergewöhnliche Ehre zuteil, vor dem Obersten Sowjet reden zu dürfen.

Die gegenwärtige Übereinstimmung zwischen Chruschtschow und Tito darf nur als eine vorwiegend pragmatische Annäherung der Standpunkte gewertet werden. In programmatisch-dogmatischen Fragen bestehen dagegen zwischen den beiden Parteien weiterhin bedeutende Gegensätze, zumal bisher keiner der Partner *offen* Teile seines Programms als überholt annulliert hat. Dennoch konnte man im letzten Jahr eine Annäherung der praktischen Standpunkte beobachten. Der „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ beschäftigte sich mit einer Korrektur der Wirtschaftsführung und betonte stärker das Element der Planung. Des weiteren legte er auch auf die zentralisierenden Kontrollfunktionen der Partei in den nominell selbständigen Betrieben größeren Wert.

In der Sowjetunion dagegen gab es Tendenzen für eine Reorganisation der Wirtschaft, die den jugoslawischen Vorstellungen näher kamen, z. B. die Hervorhebung der

Produktionsräte in den Betrieben und die Forderung nach einer Betriebsführung gemäß den Grundsätzen der Rentabilität. So bescheiden diese Annäherung insgesamt auch sein mag, für einen Brückenschlag war sie dennoch geeignet.

Chruschtschow bestätigte auch, daß es bedeutsame Gemeinsamkeiten in der Außenpolitik zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion gebe und daß Jugoslawien in der Kuba-Krise die richtige Position eingenommen habe. Zur gleichen Zeit verurteilte Chruschtschow die „abenteuerliche“ Haltung von Peking und Tirana und stellte „Dogmatismus“ und „linken Opportunismus“ (an Stelle des „Revisionismus“) als die Hauptgefahr in der kommunistischen Weltbewegung hin. Chruschtschow ließ jedoch auch in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet anklingen, daß Stalin zwar die Hauptschuld an dem jugoslawisch-sowjetischen Zerwürfnis in der Vergangenheit trage, daß aber auch die jugoslawischen Kommunisten eine gewisse Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen trugen. Die selbstbewußten jugoslawischen KP-Führer wollen jedoch von einer derartigen Mitschuld auch heute nichts wissen. Zweifellos besteht hier noch ein tiefer Graben, der eine vollständige Annäherung erheblich erschwert, ja der zu gegebener Zeit wieder Ausgangspunkt für eine Verschlechterung der Beziehungen sein könnte.

Tito, einst als „faschistischer Spion“, „Speichellecker des Imperialismus“ und „Revisionist“ gebrandmarkt, erhielt durch seinen „Erholungsaufenthalt“ eine starke persönliche Genugtuung. Tito zog nicht als bußfertiger Ketzer, sondern als wohlumworbener Staatsmann in den Kreml ein. Diese sowjetische Geste gegen den jugoslawischen „Verräter und Revisionisten“ brachte die Pekinger KP-Führer zur Weißglut.

Noch während des Titobesuchs goß die „Pravda“ durch einen Leitartikel Öl ins Feuer. In diesem Artikel wurden Auszüge aus den offen gegen die KPCh gerichteten Reden von Togliatti und Nowotny vor dem italienischen und tschechischen Parteitag veröffentlicht.

Am 15. 12. 62 schrieb die Pekinger „Volkszeitung“ in einem langen Leitartikel u. a.:

„Es gibt aber Kommunisten, die diese Renegaten umwerben und mit der Tito-Clique auf freundschaftlichem Fuß stehen. Diese Leute, die die Fahne des Antidogmatismus herabhängen und für sich die Rechtgläubigkeit in Anspruch nehmen, verdrehen den Marxismus-Leninismus und springen mit der Moskauer Deklaration um, wie es ihnen paßt“ (zitiert nach „Neue Zürcher Zeitung“, 18. 12. 62).

Am 31. 12. 62 verknüpfte die „Volkszeitung“ in dem Beitrag „Die Differenzen zwischen dem Genossen Togliatti und uns“ eine Verurteilung der italienischen Parteiführung mit einer harten Kritik an Moskau. Die darin enthaltene Verurteilung Chruschtschows als „Revisionisten und Antileninisten“ wurde durch zwei größere Artikel im chinesischen Parteijournal „Rote Fahne“ (5. 1. 63) „Lenin und der moderne Revisionismus“ und „Revolutionäre Dialektik und die Einschätzung des Imperialismus“ mit ausgewählten Leninzitaten theoretisch untermauert.

Trotz der harten Vorwürfe bemühte sich Chruschtschow auf dem Neujahrsempfang 1963, die Bedeutung des Konflikts zu bagatellisieren. Er sagte u. a.:

„Ja, ich gebe zu, daß es Meinungsverschiedenheiten gegeben hat und noch gibt. Jeder Ehemann weiß das aus seinem Familienleben. Ab und zu gibt es Streit. Das ist ganz normal. Doch wenn dann ein Dritter sich einmischen will, dann steht plötzlich wieder die ganze Familie geschlossen und einmütig

zusammen. So ist das auch in unserer sozialistischen Völkerfamilie. Wir sind nicht immer einer Meinung. Wir streiten uns mal. Wenn aber ein Kapitalist seine Nase dazwischenstecken will, dann bekommt er kräftig von allen eins drauf..." (zitiert nach „Die Welt“, 8. 1. 63).

Der Streit

um den „Papiertiger des westlichen Kapitalismus“

Jedoch schon in den nächsten Tagen wurde der „Ehekrach“ zwischen den Hauptkontrahenten mit ungewöhnlicher Schärfe weitergeführt. Die „Pravda“ veröffentlichte am 7. 1. 63 den bedeutsamen Artikel „Festigen wir die Einheit der kommunistischen Bewegung im Namen des Triumphs des Friedens des Sozialismus“. In diesem Artikel wird praktisch die Lehre Mao Tse-tungs als Häresie verurteilt. Der Artikel stellt die sowjetische Antwort auf die Leitartikel der „Volkszeitung“ vom 15. und 31. 12. 62 dar. Der Pekinger Vorwurf, die Sowjetunion habe „Angst vor dem Papiertiger des westlichen Kapitalismus“, wird von der „Pravda“ wie folgt zurückgewiesen:

„Um der kommunistischen Bewegung die eigene Definition vom modernen Imperialismus aufzuzwingen und dessen Atomzähne zu ignorieren, versucht man, die These vom ‚Papiertiger‘ als gleichbedeutend mit der Leninschen Definition des Imperialismus als eines ‚Kolosses auf tönernen Füßen‘ hinzustellen. Indessen ist bekannt, daß der bildliche Ausdruck nicht das ganze Wesen der allseitigen Definition des Imperialismus durch W. I. Lenin erschöpft und auch nicht ersetzt. Zudem wird in diesem Ausdruck hervorgehoben, daß der Imperialismus noch stark ist (‚Koloß‘), aber auf zerbrechlicher Grundlage (‚auf tönernen Füßen‘) steht und von inneren Widersprüchen zerrissen wird. Die Definition des Imperialismus als eines ‚Papiertigers‘ spricht jedoch lediglich von seiner Schwäche. Die Hauptsache besteht darin, daß es nicht papierner Definitionen bedarf, die beharrlich aufgezwungen werden sollen, sondern einer wirklichen Analyse des modernen Imperialismus: der Aufdeckung seiner Gebrechen, seiner Schwächen und der Gesetzmäßigkeiten, die zu seinem Untergang führen, und zugleich einer nüchternen Einschätzung seiner Kräfte, darunter des gewaltigen atomaren und anderen Rüstungspotentials. Der Ausdruck ‚Papiertiger‘ führt im Grunde genommen zur Demobilisierung der Massen, weil er ihnen den Gedanken einflößt, die Kraft des Imperialismus sei ein Mythos und man brauche sie nicht in Betracht zu ziehen“ (zitiert nach „Neues Deutschland“, 8. 1. 63, S. 3).

Trotz der radikalen Pekinger Konzeption muß man anerkennen, daß Rotchina seit dem Korea-Krieg keinen Konflikt provoziert hat, der direkt zu einem Zusammenstoß mit den USA hätte führen können. Ebenso ist eindeutig, daß die Kuba-Krise nicht durch den „kriegerischen“ Mao, sondern vom „Friedensretter“ Chruschtschow heraufbeschworen wurde. Gerade dies stellte die Pekinger Propaganda wiederholt heraus. Die Führung der KPCh erklärte ohne Umschweife, daß Chruschtschow sich den schmachvollen Rückzug hätte ersparen können, wenn er richtig die Kräfteverhältnisse in der Karibischen See eingeschätzt hätte.

Gegen den Vorwurf, die Sowjetunion habe Kuba aus Feigheit im Stich gelassen, wehrte sich die „Pravda“ mit folgenden Worten:

„Wer hat 1956 die lodernde Flamme des Krieges im Raum des Suezkanals gelöscht und die britisch-französisch-israelischen Aggressoren zum Abzug gezwungen? Wer hat 1957 die von den Imperialisten vorbereitete Invasion in Syrien verhindert? Wer hat 1958 die Entfesselung eines Krieges im Nahen Osten und im Raum der Straße von Taiwan verhindert? Es war die Sowjetunion...“ (zitiert nach „Neues Deutschland“, 8. 1. 63, S. 3).

Der VI. Parteitag der SED

Eine bedeutsame Rolle bei der Austragung des Konflikts spielte der VI. Parteitag der SED (vgl. Herder-Korre-

spondenz ds. Jhg., S. 369). An ihm nahmen u. a. Chruschtschow und Gomulka teil und erstmalig auch — seit 1948 — wieder eine jugoslawische Delegation. In mancher Hinsicht kann man sagen, der SED-Parteitag war eine Art Generalprobe für ein „Rotes Konzil“. Chruschtschow, Gomulka und Ulbricht bemühten sich mit verteilten Rollen, die Isolierung Peking voranzutreiben. Chruschtschow rechtfertigte seine Politik in Kuba und bot Peking einen Burgfrieden an. Den Wunsch der KPCh nach Einberufung einer kommunistischen Weltkonferenz erfüllte er auf dem SED-Parteitag jedoch nicht. Chruschtschow bemerkte:

„Das Zentralkomitee unserer Partei würde es für zweckmäßig halten, jetzt die Polemik zwischen den kommunistischen Parteien, die Kritik an anderen Parteien innerhalb der eigenen Partei einzustellen und eine gewisse Zeit verstreichen zu lassen, damit sich, wie man so sagt, die Gemüter beruhigen. Manche Genossen erklären, man müsse eine Beratung aller Bruderparteien einberufen, um dort die spruchreifen Fragen zu erörtern. Unsere Partei war stets für solche Beratungen. Zugleich sind wir der Ansicht, daß offenbar geringe Hoffnung besteht, die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten beizulegen, wenn so eine Beratung unverzüglich abgehalten wird. So eine Beratung würde keine ruhige und vernünftige Überwindung der Meinungsverschiedenheiten, sondern deren Zuspitzung und die Gefahr einer Spaltung mit sich bringen. Man darf nicht vergessen, daß es eine Logik des Kampfes, daß es eine Siedehitze der politischen Leidenschaften gibt“ (zitiert nach „Neues Deutschland“, 17. 1. 63, S. 6).

Chruschtschow verurteilte auch den „Subjektivismus“ in der Beurteilung einzelner Länder hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager. Er sagte:

„Wenn wir in irgendwelchen Fragen Meinungsverschiedenheiten und Streit haben und gleich danach erklären, daß das sozialistische Land, dessen Führer in irgendeinem Punkt mit uns nicht einverstanden ist, kein sozialistisches Land ist, so ist das richtiggehender Subjektivismus“ (zitiert nach „Neues Deutschland“, 17. 1. 63, S. 5).

Bemerkenswert war auch Chruschtschows Eingeständnis, daß es unterschiedliche Meinungen zwischen kommunistischen Führungen geben könne:

„Selbstverständlich ist es nicht ausgeschlossen, daß die Kommunisten verschiedener Länder unterschiedliche Auffassungen in einzelnen und sogar sehr wichtigen Fragen vertreten können“ (zitiert nach „Neues Deutschland“, ebd.).

Zur Zeit Stalins galt eine derartige Meinung als schlimmste Ketzerei.

Ulbricht sekundierte seinem Meister Chruschtschow in der Verurteilung der „Dogmatiker“. Dabei kritisierte er besonders die Haltung Rotchinas im Konflikt mit Indien. Der polnische Parteichef Gomulka verurteilte scharf die verantwortungslose Polemik und sprach sich eindringlich für einen Burgfrieden aus. Gomulka stellte insbesondere die Rolle der Sowjetunion heraus:

„Die Sowjetunion ist die wichtigste, entscheidende Kraft des sozialistischen Lagers, ohne sie könnte kein einziger sozialistischer Staat im Kampf mit dem Imperialismus bestehen. Das darf keine kommunistische und Arbeiterpartei vergessen, insbesondere die Parteien in den sozialistischen Ländern nicht. Die große Kraft der Sowjetunion, ihre nukleare Streitmacht, ihre zentrale Stellung im sozialistischen Lager büden der KPdSU und der sowjetischen Regierung große Verantwortung für jeden Schritt, für jeden politischen Zug in der internationalen Arena, für das Schicksal der Menschheit auf. Keine andere Partei, kein anderes sozialistisches Land trägt eine derartige Verantwortung auf den Schultern. Schon aus diesem Grunde könnte man mit voller Entschlossenheit von den Leitern, z. B. der albanischen Partei der Arbeit, zumindest größere Bescheidenheit, Maßhaltung, wenn schon nicht Verantwortungsbewußtsein fordern“ (zitiert nach „Neues Deutschland“, 18. 1. 63, S. 3).

Der Leiter der chinesischen Gastdelegation, Wu Hsiutschuan, hielt eine harte Entgegnungsrede, die von den SED-Funktionären zeitweilig durch Unruhe gestört wurde. Wu übte vor allem scharfe Kritik an Jugoslawien und verurteilte auch Ulbricht als einen „Antimarxisten“. Wu bezeichnete als unerläßliche Vorbedingung für die Beilegung der chinesisch-sowjetischen Meinungsverschiedenheiten die Rückkehr zu den Beschlüssen von 1957 und 1960.

Bezeichnend für die Situation auf dem SED-Parteitag war, daß die chinesische Delegation erst an achter Stelle — nach denen der europäischen Volksdemokratien und sogar noch nach der Mongolei — begrüßt wurde und daß Wu grundsätzlich nie applaudierte und beim Gesang der Internationale sogar den Saal verließ. Auch Chruschtschow und Ulbricht besuchten zur Zeit der Wu-Rede demonstrativ einen Ostberliner Betrieb, um Wus Entgegnung ins Leere gehen zu lassen und jede Erwiderung zu vermeiden. Bemerkenswert war auch, daß der pekingfreundlichen nordkoreanischen Delegation aus „Zeitmangel“ keine Redezeit zugebilligt wurde.

Die Situation nach dem VI. Parteitag der SED

Der VI. Parteitag der SED trug zunächst nicht zu einer Überbrückung der Auseinandersetzung bei.

Die Pekinger „Volkszeitung“ (27. 1. 63) charakterisierte Chruschtschows Burgfriedenangebot als ein Scheinmanöver. Chruschtschow wurde vorgeworfen, daß er sich in Berlin nicht wie ein „ehrlicher Kommunist“ verhalten habe und daß er seine schwankende und widerspruchsvolle Politik anderen Parteien durch „Kaiserliche Ukase“ aufzuzwingen suche. Die Zeitung bezeichnete den VI. Parteitag der SED als „Höhepunkt der Strömung, die sich gegen die Moskauer Beschlüsse richtet und die Einheit der kommunistischen Bewegung zerstört“. Den „Verrätern des Marxismus-Leninismus“ sei Beifall gezollt worden, während „marxistisch-leninistischen Parteien (Nordkorea und Indonesien) das Wort entzogen wurde“. Gegen die „unkameradschaftliche und vulgäre Behandlung“ des Führers ihrer Delegation wurde protestiert. Das randalierende Verhalten der SED-Delegierten wurde als „niederträchtiger Vorfall“ gewertet. Die „Volkszeitung“ hob hervor, daß Wu auf dem SED-Parteitag im entscheidenden Teil seiner Rede wörtlich die Moskauer Deklaration von 1960 zitiert habe, die auch von der SED- und KPdSU-Führung unterschrieben worden sei.

Die paradoxe Situation, in der die Führer des Weltkommunismus heute stehen, faßte die „Neue Zürcher Zeitung“ wie folgt zusammen: „Es entbehrt nicht der Ironie, daß sich jetzt die Kommunisten gegenseitig die Verletzung von Verträgen und gemeinsamen Dokumenten vorwerfen. Jedenfalls scheinen die chinesischen Kommunisten aus den Vorgängen hinter den Kulissen des Ostberliner Parteitags und aus dem Echo auf ihre direkten Angriffe gegen Chruschtschows Verhalten in der Kuba-Krise und gegen seine Manöver in der internationalen kommunistischen Bewegung den Schluß gezogen zu haben, daß die Zeit für sie arbeitet und daß sie durch eine Konzentration der Angriffe auf den Sowjetführer ihren eigenen Anhang im Weltkommunismus verstärken können. Peking geht jetzt darauf aus, Chruschtschow die Schuld an der Spaltung zuzuschreiben, und es fordert ihn zugleich arrogant auf, einen Canossagang anzutreten und die ‚Initiative zur Wiederherstellung der Einheit‘ zu ergreifen. Die chinesische Reaktion auf den SED-Parteitag deckt so die List

der Geschichte auf, daß Berlin, das Chruschtschow als Hebel zum Aufbrechen der westlichen Allianz ausersah, zu einem Meilenstein der Spaltung des kommunistischen Lagers geworden ist“ (29. 1. 63).

In den letzten Januartagen hat die Sowjetunion in einem Rundbrief u. a. folgendes angedroht:

„Wenn die Chinesische Volksrepublik ihre Angriffe gegen die UdSSR und deren Verbündete fortsetzt, sieht die UdSSR sich gezwungen, alle wirtschaftlichen Beziehungen zu China abzubauen. Denn die Angriffe und vorsätzlichen Beleidigungen schädigen die UdSSR und ihre Verbündeten und untergraben die internationalen Abkommen“ (zitiert nach „Die Welt“, 4. 2. 63).

Anfang Februar 1963 versuchte die Sowjetunion einzulenken, indem Chruschtschow mit dem chinesischen Vorschlag, eine Weltkonferenz der kommunistischen Parteien einzuberufen, im Prinzip sich einverstanden erklärte; jedoch ließ er den Wunsch nach zweiseitigen vorbereitenden Gesprächen anklingen. Es ist bezeichnend, daß auch in der methodischen Frage, wie der Konflikt beigelegt werden könne, die sowjetischen und chinesischen Interessen gegensätzlich sind. Während die KPCh am liebsten sofort eine Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien durchsetzen möchte, wünscht die KPdSU zunächst zweiseitige vorbereitende Gespräche. Mao weiß, daß die KPCh bei zweiseitigen Gesprächen im Nachteil ist, da Rotchina vor allem in wirtschaftlichen und militärischen Fragen der Sowjetunion gegenüber unterlegen ist und seine dogmatisch bessere Position in einem zweiseitigen Gespräch nicht recht nutzen könnte. Da die Führer der KPdSU befürchten, daß Mao auf einer Weltkonferenz zumindest eine respektable Minderheit für sich gewinnen könnte, suchen sie einer derartigen Katastrophe auszuweichen, zumal es denkbar wäre, daß verschiedene Parteiführungen sich abwartend neutral verhalten und Stimmhaltung üben könnten. Dennoch ist es denkbar, daß trotz dieser gegensätzlichen Interessen auch in der Art des Vorgehens es in nächster Zeit zu Gesprächen der Kontrahenten kommt, da beide den Wunsch haben, sich abzutasten und zu sondieren, ob es Möglichkeiten zumindest für einen zeitweiligen Waffenstillstand in der Auseinandersetzung gibt.

Mögliche Weiterentwicklung

Unter den gegebenen Umständen ist der Ausgang des Konflikts völlig offen. Trotz aller Gegensätze ist den Hauptkontrahenten klar, daß ein offener Bruch die Anziehungskraft und Stärke des Kommunismus vermindern würde. Deshalb schrecken sie auch vor dem Äußersten noch zurück. Dennoch kann man feststellen, daß sich die Gegensätze zwischen ihnen auf nahezu alle Fragen der Theorie und Praxis ausgedehnt haben und daß praktisch schon heute die kommunistische Weltbewegung weitgehend gespalten ist.

Die Spaltung ist dabei nicht etwa regional begrenzt, etwa dergestalt, daß die KPCh lediglich die KP-Führungen einzelner asiatischer Länder für sich gewonnen hätte, sondern weltweit, denn in nahezu allen kommunistischen Parteien gibt es heute in unterschiedlichem Ausmaß schon pekingfreundliche Kräfte bis hinein in die Parteiführungen. In der SED ist bisher noch keine pekingfreundliche Gruppe offen in Erscheinung getreten, ihre Abhängigkeit von Moskau ist zu stark. Andererseits ist es jedoch wahrscheinlich, daß im stillen verschiedene SED-Funktionäre mit dem härteren Pekinger Kurs sympathisieren, denn Rotchina unterstützte bis jetzt am konsequentesten

eine harte Berlin-Politik und mißbilligte die wiederholten Terminverschiebungen Chruschtschows bei der Lösung der West-Berlin-Frage.

Das Ergebnis einer Weltkonferenz wäre gegenwärtig fragwürdig, denn diese müßte ja (wenn sie nicht mit einem faulen Kompromiß enden sollte) zum Sieg des einen Kontrahenten über den anderen führen. Ob dies überhaupt noch möglich ist, ist fraglich. Andererseits hätte eine Mehrheitsentscheidung einer solchen Konferenz wenig Wert, denn die KPCh betonte wiederholt — und sie begründete dies gerade mit dem Verlauf der russischen Parteigeschichte —, daß sich im Interesse der Sache in bestimmten Situationen die Minderheit auf keinen Fall der Mehrheit unterwerfen dürfe.

Das pragmatische Verhalten Chruschtschows gegenüber Tito läßt erkennen, wie schwer es heute geworden ist, den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers institutionell und dogmatisch zu sichern. Da Chruschtschow entschlossen ist, nur noch objektive Kriterien zur Kennzeichnung eines sozialistischen Staates gelten zu lassen, kann die Frage der Mitgliedschaft im Block kaum noch dogmatisch ausformuliert werden. Wenn aus dem sozialistischen Lager niemand wegen abweichender Meinung ausgeschlossen werden kann (es sei denn, er stelle das Privateigentum an den Produktionsmitteln wieder her), dann kann auch in ideologischen und politischen Fragen kaum Disziplin verlangt werden. Chruschtschows Dilemma besteht darin, daß er nicht mehr in der Lage ist, ausführliche dogmatische Definitionen als Kriterium für die Zugehörigkeit zum Block zu formulieren. Solche Definitionen müßten nämlich den Ausschluß des „rechten“ oder des „linken“ Flügels nach sich ziehen.

In der kommunistischen Weltbewegung haben in dem Jahrzehnt nach Stalins Tod bedeutsame Veränderungen stattgefunden. Parteiführer, denen früher meist nur eine Statistenrolle zufiel, haben jetzt zumindest Chargenrollen übernommen. Die KPCh meldet offen den Führungsanspruch in den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Gebieten an. Im Rücken der Hauptgegner verfolgen jetzt auch einige Satellitenstaaten betonte eigene Interessen. Polen und Jugoslawien und mit ihnen verschiedene andere Staaten befürchten sowohl einen radikalen Bruch zwischen den beiden Hauptkontrahenten als auch einen vollständigen Sieg des einen über den anderen. In beiden Fällen wäre die relativ größere Selbständigkeit dieser kleinen kommunistischen Staaten gefährdet, weil dann sowohl in einem einheitlichen kommunistischen Staatenblock auf Weltebene als auch in einem kommunistischen Staatenblock Europas von der Führungsmacht mit mehr Erfolg wieder Unterordnung erzwungen werden könnte.

Wenn es auch notwendig ist, dem welthistorischen Konflikt im kommunistischen Lager größte Aufmerksamkeit zu widmen, so sollte man sich nicht übertriebene Hoffnungen machen. Vielleicht wird durch den Konflikt die Bedrohung der freien Welt durch Moskau geringer, dann würde sie jedoch durch Peking größer. Es wäre auch möglich, daß bei einer weiteren Zunahme des Einflusses der KPCh in einer formell noch einheitlichen Weltbewegung der Druck auf Chruschtschow sich verstärkt und dieser zu einem aggressiveren Kurs gedrängt wird. Andererseits wäre es auch nicht ausgeschlossen, daß eines Tages ein weltweites Bündnis entstehen könnte zwischen den Kräften, die einen Atomkrieg vermeiden wollen und die abenteuerrische Peking Politik verurteilen.

Die ideologischen Spannungen zwischen Moskau und Peking haben noch einen bedeutsamen sozialen Hintergrund. Die Sowjetunion führt sozusagen das Lager des „Mittelstandes“, das keine eigentlich revolutionären, sondern stärker wirtschaftliche und machtpolitische Interessen verfolgt und das mit seinen Methoden den Westen an Reichtum und Macht überflügeln will. Rotchina dagegen führt das Lager der „armen Kommunisten“, die mit revolutionärem Pathos, Bitterkeit und Leidenschaft vorgehen und vor Gewalttätigkeit weniger zurückschrecken, da sie „nichts zu verlieren haben als ihre Ketten“ und die daher zunächst niemanden wirtschaftlich einholen und überflügeln wollen und können, sondern die Welt durch Revolution verändern wollen.

Die Juden in der Sowjetunion

Die Ansätze einer liberaleren Innenpolitik in der Sowjetunion ließen auch auf eine gewisse Besserung der Situation der Juden in diesem Lande hoffen. Die Unsicherheit des Kurses aber, die sich besonders in der Kulturpolitik erkennen läßt, macht sich in weit größerem Maße noch in der Politik der Sowjetregierung gegenüber den Juden bemerkbar: Auf der einen Seite ist eine gewisse, wenn auch kaum nennenswerte Lockerung der restriktiven Maßnahmen unverkennbar, die mit der Veröffentlichung der jiddischen Zeitung „Sowjetisch Heimland“ und der sporadischen Veröffentlichung einiger jüdischer Gedichte in russischer Sprache begann (zugleich mit der Kritik einiger Intellektueller, wie Jewtuschenko und sogar Ehrenburg), auf der anderen Seite ist aber eine eindeutige Verschärfung des Kurses bemerkbar. Die Sowjetregierung und Chruschtschow selber stehen hier einer ungemein schwierigen Situation gegenüber. Maßnahmen der Sowjetregierung, die offensichtliche oder auch nur versteckte antijüdische Tendenzen erkennen lassen, werden außerhalb der Sowjetunion mit einer beachtenswerten Aufmerksamkeit registriert. Da die Sowjetregierung den Vorwurf einer antisemitischen Politik nicht gut hinnehmen kann, sieht sie sich immer wieder zu Erklärungen gezwungen, die selbst dann, wenn sie das Vorhandensein antisemitischer Tendenzen verneinen, doch immer wieder auf das Problem hinweisen, so daß es innerhalb und außerhalb Rußlands zur Kenntnis genommen wird. Typisch hierfür ist der Briefwechsel zwischen dem englischen Philosophen Bertrand Russell und Chruschtschow im Winter dieses Jahres. Gegenstand dieses Briefwechsels waren die Prozesse gegen sog. Wirtschaftsverbrecher des letzten Jahres, bei denen 79 Todesurteile gefällt und vollstreckt wurden. Von den 79 Hingerichteten waren 47 Juden. In der publizistischen Behandlung dieser Fälle wurden Angeklagte mit jüdischen Namen besonders in den Vordergrund gerückt. In dem Antwortschreiben Chruschtschows an Russell vom 28. Februar 1963 bezeichnete Chruschtschow den Vorwurf, daß die Sowjetregierung eine antisemitische Politik verfolgte, als „eine bössartige Verleumdung des sowjetischen Volkes und unseres Landes . . . Unter den Personen, die von unseren Gerichten verurteilt wurden, waren Russen, Juden, Georgier, Ukrainer, Bjelorussen und Angehörige anderer Nationalitäten . . . Die Urteile der Gerichte waren also nicht gegen ein bestimmtes Volk gerichtet, sondern gegen Verbrechen und jene, die sie ausgeführt haben“ (New York Times, 25. 2. 63). Dieser Brief wurde in der gesamten Sowjetpresse veröffentlicht. Nachum Goldmann, der Präsident des jüdischen Weltkongresses, nannte diesen Brief ein mög-

licherweise bedeutendes Dokument, weil hier zum erstenmal eine öffentliche Erklärung über gewisse wichtige Gesichtspunkte im Leben der Juden in der Sowjetunion abgegeben wurde. Goldmann ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß das Problem damit noch nicht gelöst sei („Le Monde“, 11. 3. 63).

Babi-Jar

Wie wenig das Problem gelöst ist, läßt sich eher an typischen Randerscheinungen ablesen, welche zeigen, daß es doch im Prinzip nicht darum geht, wie viele Juden als Schwarzhändler oder wegen anderer wirtschaftlicher Verbrechen hingerichtet wurden. Zu diesen Phänomenen gehört z. B. die Replik Chruschtschows an Jewtuschenko oder das Verbot der Regierung, Mazzoth zu backen. Chruschtschows Antwort auf Jewtuschenkos Gedicht „Babi-Jar“ (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 140 f.) hat eigentlich sehr lange auf sich warten lassen, da doch, wenn auch ungenannt, Chruschtschow selber (der die Errichtung eines Mahnmales in Babi-Jar verhindert hat) in diesem Gedicht angegriffen wurde. Die Antwort erfolgte im März dieses Jahres auf einem Treffen der Parteiführung mit sowjetischen Künstlern. Vielleicht ließ die persönliche Antwort deshalb so lange auf sich warten, weil das Gedicht inzwischen zu einem Problem geworden ist und die Stimmung in gewissen Kreisen der Sowjetintelligenz sehr viel besser wiedergibt, als man dies hätte annehmen dürfen (so nahm z. B. Schostakowitsch einige Verse in seine Dreizehnte Symphonie auf). Chruschtschow bezog sich in seiner Antwort oder genauer in seiner Kritik an Jewtuschenko auf seinen Briefwechsel mit Russell und auf die Verleumdungskampagne der westlichen Presse. Jewtuschenko mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er das Sowjetvolk verleumdet habe. Schließlich kam Chruschtschow auf seine alten Argumente zurück (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 572): Der Dichter habe es nicht vermocht, die faschistischen Verbrecher wahrheitsgemäß darzustellen und sie für die von ihnen in Babi-Jar begangenen Massenmorde zu verurteilen. Er habe die Sache so dargestellt, als sei nur die jüdische Bevölkerung Opfer dieser Verbrechen gewesen, obgleich doch in Babi-Jar auch zahlreiche russische und ukrainische Menschen ermordet wurden.

Nun ist die Tatsache, daß in Babi-Jar (und nicht nur dort) auch Russen ermordet wurden, nicht zu bezweifeln, und sicherlich hätte Hitler auch die Russen vielleicht mit ähnlicher Konsequenz auszurotten versucht wie die Juden, wenn ihm die Zeit und die Gelegenheit dazu geblieben wäre. Aber Chruschtschow ließ dann doch erkennen, wie er die Dinge sieht, als er sagte: Während des Krieges wurden viele Heldentaten auch von Juden begangen, aber es gab auch Fälle des Verrats von Angehörigen verschiedener Nationalität. Er zitierte den Fall des ehemaligen jüdischen Instruktors des Kiewer Stadtkomitees, des Komsomolzen Kogan, der im Stabe des Generals Paulus als Dolmetscher gefangen wurde, und ebenso des Kommandanten der Armeegruppe, die General Paulus gefangen nahm und die von einem Juden befehligt wurde („Die Welt“, 20. 3. 63). Nun gab es zwar auch jüdische Verräter, solche, die sich um geringer Vorteile willen in den Dienst der Mörder stellten und die schließlich auch selber ermordet wurden, aber es waren doch sehr wenige — zweifellos weniger als etwa die Ukrainer, die an der Ermordung der russischen Juden ihren Anteil genommen haben —, und gerade der Fall Kogan scheint alles andere als ein Fall wirklichen

Verrats zu sein. Aber was soll der Fall Kogan hier überhaupt?

Zeigen, daß die Juden auch nicht besser sind als die Russen? Die Dialektik geht hier in der Tat eigene Wege, und vielleicht sollte man die Ursachen für die merkwürdige Anführung Kogans in der Geschichte der ukrainischen Partisanenverbände suchen (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 572), von denen einige bemerkenswert wenig für die Rettung der jüdischen Bevölkerung der Ukraine getan haben.

Das Mazzeverbot

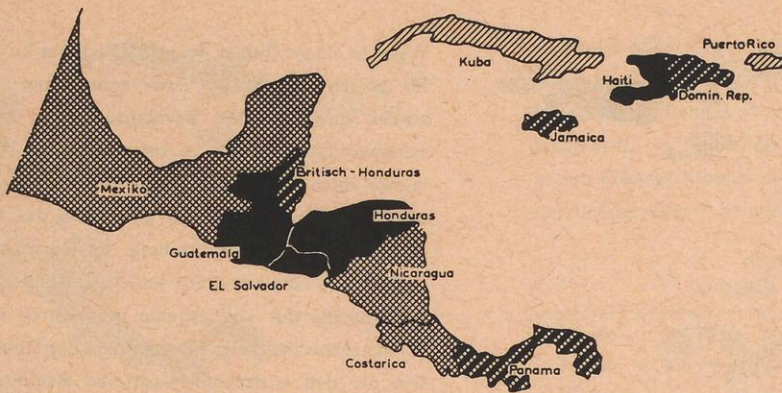
Das Verbot, Mazzoth zu backen, hat unter den Juden Rußlands und in der ganzen Welt größte Verbitterung hervorgerufen. Mazzoth sind ungesäuerte Brote, die für die Paschafeier als Speise vorgeschrieben sind (vgl. Exodus 12, 17—20; 13, 3—10). Ihre Herstellung erfordert besondere Sorgfalt, da auf jeden Fall vermieden werden muß, daß schon das hierzu verwendete Mehl in irgendeiner Weise mit Stoffen in Berührung kommt, die eine Gärung verursachen können. Man kann also zur rituellen Herstellung dieses ungesäuerten Brotes nicht beliebiges Mehl verwenden, und es ist wenigstens ungenau kompliziert oder ganz unmöglich, in einem privaten Haushalt Mazzoth herzustellen. Dem Juden bedeutet die Mazzah, deren Genuß ja vorgeschrieben ist, ein Gedenken und Zeichen an den Auszug aus Ägypten — es hängt also mehr an diesem ungesäuerten Brot als eine rituelle Vorschrift. In der Geschichte der Juden wurde die Mazzah mehr als einmal Anlaß tragischer Geschehnisse. An die Mazzah knüpfte mit Vorliebe die Blutlüge an, die an sich schon so unsinnige Behauptung, daß zur rituellen Herstellung der Mazzah das Blut ermordeter Christenkinder verwendet wird. So wurde die Mazzah zum mittelbaren Anlaß zahlloser Pogrome und läßt nicht nur der Befreiung aus Ägypten, sondern auch des Exils gedenken.

Mazzoth waren in der Sowjetunion schon immer eine Mangelware. Bis vor einem Jahre wurden sie in staatlichen Fabriken hergestellt. Vor dem Paschafest des Jahres 1962 wurde dann die Herstellung verboten, und zwar mit der Begründung, daß es nicht Sache der staatlichen Betriebe sei, für die Bedürfnisse der Religionsgemeinschaften zu sorgen. Das Herstellungsverbot wurde insofern etwas gemildert, als man einigen Gemeinden die private Herstellung von Mazzoth gestattete. Inzwischen wurde auch diese private Herstellung verboten. Es kann zwar niemand daran gehindert werden, Mazzoth für den eigenen Bedarf zu backen, sofern er es eben kann, wer sie jedoch verteilt oder verkauft bzw. zu diesem Zweck herstellt, macht sich wenigstens wegen unerlaubten Handels strafbar. Bisher wurden nur acht Verhaftungen in Moskau bekannt („Neue Zürcher Zeitung“, 28. 3. 63), doch wird man diese Zahl wohl multiplizieren müssen. Vor dem jüdischen Paschafest 1963 haben sich mehrere jüdische Organisationen in den Vereinigten Staaten an Ministerpräsident Chruschtschow mit der Bitte gewandt, ihnen die Einfuhr von Mazzoth als Geschenk an die russischen Juden zu gestatten. Chruschtschow hat zwar den Brief Bertrand Russells beantwortet, nicht aber auf diese Bitte reagiert. Verschiedene jüdische Organisationen haben inzwischen an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen appelliert, bei der Sowjetregierung darauf hinzuwirken, daß das Verbot, Mazzoth zu backen, wieder aufgehoben wird („Neue Zürcher Zeitung“, 28. 3. 63).

Das Verbot, Mazzoth zu backen, geht bei weitem über das hinaus, was man selbst im sowjetischen Verstande mit der

Medizinische Versorgung in Lateinamerika

Quelle: Rapport sur la situation sociale dans le Monde, Nations Unies, New York 1957, S. 48—52



Die Anzahl Einwohner pro Arzt (Karte) und die Anzahl Einwohner pro Krankenhausbett sind die beiden wichtigsten Tatbestände, wie sich der Grad der medizinischen Versorgung statistisch darstellen läßt. Beide laufen einander im allgemeinen ziemlich parallel und spiegeln das Ausmaß der Unterentwicklung, wie es auch in den übrigen Merkmalen (Soziographische Beilage Nr. 17 und folgende Seiten) deutlich wird.



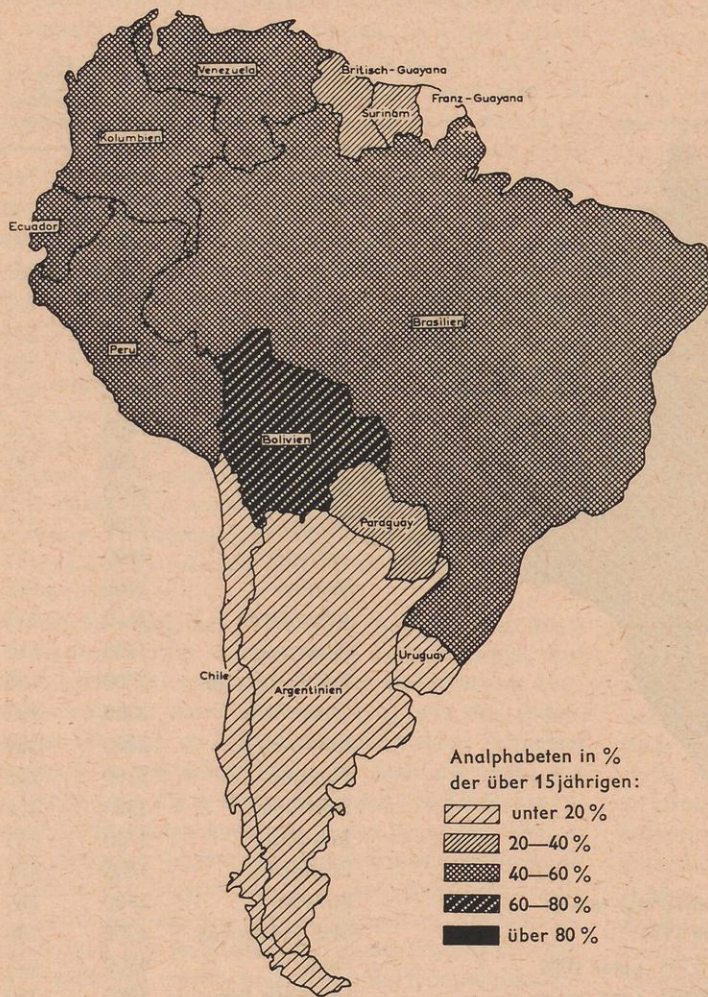
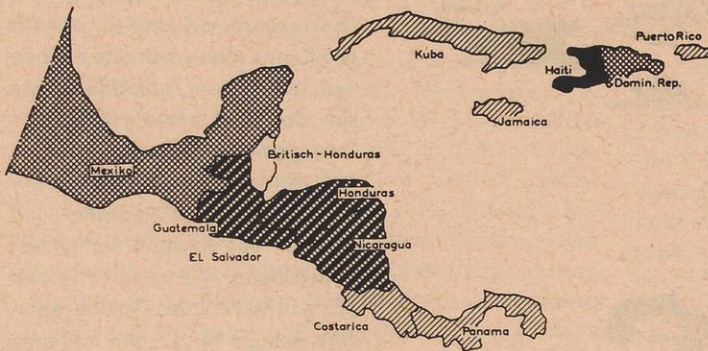
Einwohner je Arzt um 1954:

- unter 1000
- 1000—2000
- 2000—3000
- 3000—5000
- über 5000

Einwohner pro Arzt Krankenhausbett (1954)

	Einw. pro Arzt (1954)	Einw. pro Krankenhausbett (1952)
Österreich	630	105
Schweiz	700	68
Deutschland	740	95
USA	760	101
Argentinien	780	160
Spanien	980	205
Kuba	1040	300
Uruguay	1130	175
Puerto Rico	1600	220
Chile	1800	185
Venezuela	1900	295
Paraguay	2200	615
Surinam	2400	85
Mexiko	2400	875
Jugoslawien	2600	310
Nicaragua	2600	510
Brit.-Guayana	2700	95
Costa Rica	2800	135
Kolumbien	2800	380
Panamá	3300	245
Brasilien	3300	310
Jamaika	3700	235
Ecuador	3700	425
Bolivien	3980	480
Brit.-Honduras	4300	180
Perú	4500	495
Dominik. Rep.	5000	390
Guatemala	5800	660
El Salvador	6000	480
Honduras	6500	750
Haiti	10800	ca. 1500

Schulbildung in Lateinamerika



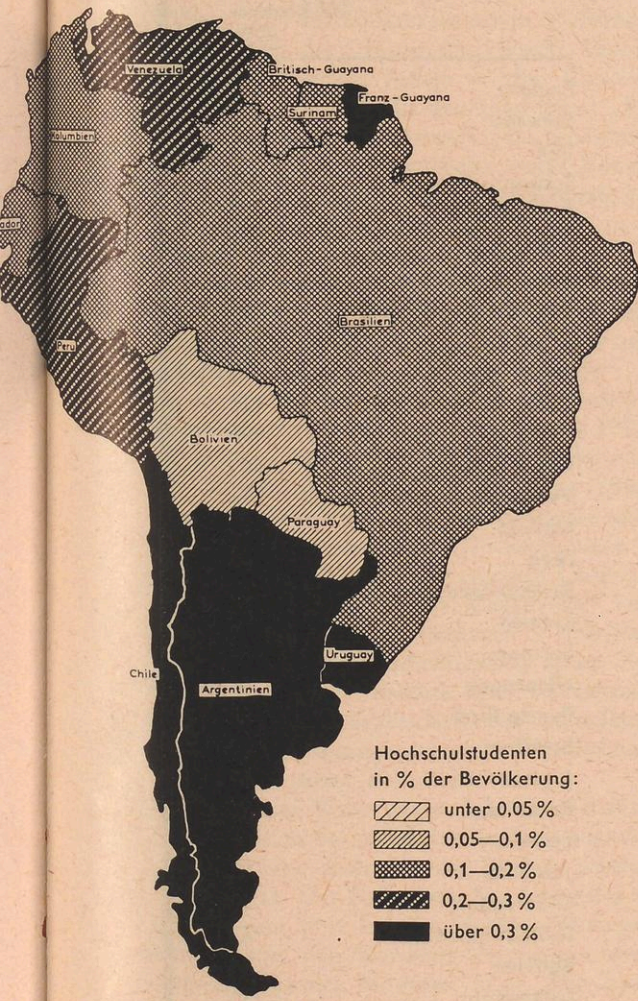
Analphabeten

Wenn in einem Gebiet die wirtschaftliche Struktur zu schwach ist, um einer zahlreichen und schnell anwachsenden Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, so steht immer auch die kulturelle Durchformung auf einem niedrigen Stand. — Verbreitung des Analphabetismus und Verbreitung des Hochschulstudiums in Lateinamerika stehen in Abhängigkeit voneinander und ergeben nach ihren Anteilen nahezu die gleiche Reihenfolge der Staaten wie bei den wirtschaftlich-sozialen Strukturen (Soziographische Beilage Nr. 17). In einem Drittel aller Länder kann mehr als die Hälfte der Bevölkerung weder lesen noch schreiben. Die einzigen Länder mit weniger als 20% Analphabeten sind die drei mit überwiegend weißer Bevölkerung im Süden des Kontinents: Argentinien, Uruguay und Chile.

	Analphabeten in % der über 15jährigen um 1950	Hochschulstudenten in % der Bevölkerung um 1944
Argentinien	13,6	0,756
Uruguay	ca. 17,5	0,483
Chile	19,9	0,094
Costa Rica	20,6	0,222
Kuba	ca. 22,0	0,342
Brit.-Guayana	24,1	0,060
Puerto Rico	26,7	0,682
Surinam	ca. 27,5	0,105
Jamaika	ca. 27,5	0,025
Panamá	30,1	0,221
Paraguay	34,2	0,169
Dominik. Republik	43,0	0,128
Mexiko	43,2	0,207
Ecuador	44,3	0,148
Kolumbien	ca. 47,5	0,097
Venezuela	47,8	0,097
Brasilien	50,6	0,117
Perú	ca. 52,5	0,170
El Salvador	60,6	0,048
Nicaragua	61,6	0,092
Honduras	64,8	0,052
Bolivien	67,9	0,154
Guatemala	70,6	0,107
Haiti	89,5	0,030

in Lateinamerika

Quellen: Rapport sur la situation sociale dans le Monde, Nations Unies, New York 1957, S. 90-94 — Rapport préliminaire sur la situation sociale dans le Monde, Nations Unies, New York 1952, S. 72 75 104 ff.



Es dauert erfahrungsgemäß wenigstens zwei Generationen, bis die juristisch eingeführte Schulpflicht wirklich effektiv geworden ist. Schuleinschreibung und wirklicher Schulbesuch sind keineswegs kongruent, wie vor allem die rapide absinkenden Schülerzahlen in den höheren Klassen zum Ausdruck bringen. Hier die Aufteilung der Volksschüler in zwei Ländern:

	Brasilien (1945)		Kuba (1950)	
	Hauptstädte	Rest	Städte	Land
1. Klasse	44 %	58 %	31 %	45 %
2. Klasse	23 %	21 %	21 %	25 %
3. Klasse	18 %	13 %	17 %	15 %
4. Klasse	13 %	7 %	12 %	9 %
5. Klasse	2 %	1 %	9 %	4 %
6. Klasse	0 %	0 %	6 %	2 %
7. Klasse	0 %	0 %	3 %	0 %
8. Klasse	0 %	0 %	1 %	0 %
	100 %	100 %	100 %	100 %

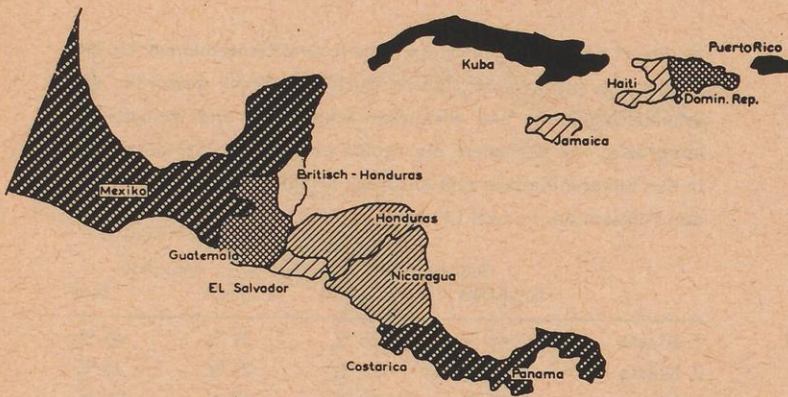
Entsprechend geringer ist auch die schulische Weiterbildung. Während in den hochentwickelten Ländern ein höherer Schüler (sämtlicher Schulgattungen über der Primarschule) auf 2 bis höchstens 5 Volksschüler kommt, liegt die entsprechende Verhältniszahl in Lateinamerika zwischen 5 und 20. Die folgende Tabelle (in alphabetischer Reihenfolge) gibt darüber Auskunft.

	5-14jährige in % der Bevölkerung	Volksschul- einschreibungen in % der Bev.	Tatsüchl. Besuch d. höheren Schulen in % der Bev.
Argentinien (1948)	19,5	12,6	2,0
Bolivien (1950)	21-27	4,6	0,6
Brasilien (1946)	26,9	9,8	1,2
Chile (1949)	24,7	13,1	2,7
Costa Rica (1950)	21-27	11,0	0,9
Dominik. Republik (1950)	21-27	10,4	0,8
Ecuador (1949)	21-27	7,8	0,8
El Salvador (1950)	ca. 26	7,6	0,3
Guatemala (1950)	28	5,8	0,5
Haiti (1950)	21-27	1,5	0,3
Honduras (1947)	25,6	6,1	0,4
Kolumbien (1947)	27	7,2	0,7
Kuba (1943)	23,2	11,5	0,9
Mexiko (1949)	26,6	11,7	0,8
Nicaragua (1947)	26,6	8,5	1,1
Panamá (1949)	24,7	13,7	2,4
Paraguay (1950)	21-27	13,9	0,8
Perú (1949)	26,6	11,4	1,1
Uruguay (1950)	16-20	9,0	?
Venezuela (1947)	25,6	10,1	0,8

Hochschulstudenten

Zeitungen in Lateinamerika

Quelle: Annuaire Statistique, Nations Unies, New York 1961, S. 638-693



Die „Zeitungsdichte“ ist ein weiterer Maßstab für den Bildungsstand eines Landes (neben anderen, vor allem psychologischen Faktoren). Die folgende Tabelle bestätigt alle vorausgegangenen Strukturen und ergibt eine Reihenfolge, die auch mit den wirtschaftlich-sozialen Tatbeständen übereinstimmt.



Zeitungsexemplare je 1000 Einwohner:

- unter 25
- 25—50
- 50—75
- 75—125
- über 125

Tageszeitungsexemplare je 1000 Einwohner (1959)

England	514
Schweden	462
USA	328
Schweiz	321
Deutschland	307
Österreich	208
Sowjetunion	172
Französisch-Guayana	161
Argentinien	155
Kuba	129
Chile	128
Panamá	104
Costa Rica	101
Venezuela	97
Mexiko	79
Perú	76
Britisch-Guayana	73
Spanien	70
Surinam	67
Nicaragua	66
Puerto Rico	62
Brasilien	60
Jugoslawien	56
Kolumbien	54
Ecuador	54
Jamaika	53
El Salvador	48
Britisch-Honduras	42
Bolivien	34
Guatemala	31
Dominikanische Republik	25
Honduras	10
Haiti	10

Trennung von Kirche und Staat rechtfertigen könnte. Es ist mehr als eine Schikane. Es ist ausgemachte und beabsichtigte Bosheit und knüpft durchaus an eine Tradition an: Man ist versucht, es die sowjetische Version der Ritualmordlüge zu nennen, nur daß man den Juden nicht mehr vorwirft, Christenblut für die Mazzoth zu verwenden, sondern daß das Backen von Mazzoth zur Verschwendung wertvollen Volksvermögens wird — auf seine Weise ein

materialistischer Mythos. Die Geschichte Rußlands ist seit Chmielnicki gewiß nicht arm an Judenverfolgungen gewesen. Aber man muß tatsächlich weit gehen, um ähnliches zu finden. Einen politischen Wert oder Sinn hat diese Maßnahme nicht. Sie beraubt einige zehntausend oder hunderttausend russische Juden der Möglichkeit, das Paschafest nach der Vorschrift der Väterreligion zu feiern.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Formgeschichte

Wert und Grenzen dieser Methode für das Neue Testament

Im Mai 1961 berichtete die Herder-Korrespondenz (vgl. 15. Jhg., S. 344) über eine Streitschrift des römischen Theologen Antonino Romeo gegen das Päpstliche Bibelinstitut in Rom und einige seiner Professoren sowie über die Erwiderung des angegriffenen Institutes.

Während der Ersten Konzilssession wiederholte ein anderer Professor der Lateran-Universität, Francesco Spadafora, diese Angriffe, indem er den Konzilsvätern eine Schrift zustellen ließ, die den Titel trägt: „Razionalismo, Esegese cattolica e Magistero“. Das Bibelinstitut antwortete, und Spadafora erneuerte seine Vorwürfe. Dieser peinliche Vorgang am Rande des Konzils konnte bisher und soll auch heute nicht im einzelnen in der Herder-Korrespondenz dargestellt werden.

Doch sind wir in der glücklichen Lage, einen Beitrag zu der Frage zu veröffentlichen, die im Mittelpunkt jener Auseinandersetzung steht. Es ist die Frage nach Wert und Grenzen der formgeschichtlichen Methode.

Zu diesem Thema veröffentlichte Erzbischof Jean-Julien Weber von Straßburg am 1./15. Oktober 1962 im Bulletin der Diözese Straßburg einen Aufsatz, der nach nochmaliger Überarbeitung am 13. November 1962 durch das Päpstliche Bibelinstitut verbreitet wurde und inzwischen auch in der Zeitschrift „La Documentation Catholique“ (1963, Sp. 203 ff.) und in deutscher Übersetzung in der Zeitschrift „Theologie der Gegenwart“ der Redemptoristen in Gars am Inn erschienen ist. Die Herder-Korrespondenz dankt der Schriftleitung dieser Zeitschrift für die Erlaubnis zum Abdruck ihrer Übersetzung und dem Hochwürdigsten Erzbischof von Straßburg für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung seiner Abhandlung in dieser Zeitschrift.

Da Erzbischof Weber lange Jahre hindurch als Professor für Exegese in Saint-Sulpice in Paris wirkte, spricht aus seinen Worten nicht nur der Bischof, sondern auch der Fachgelehrte. Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

Am 20. Juni 1961 hat das Heilige Offizium im Einverständnis mit den Kardinal-Mitgliedern der Bibelkommission folgendes Monitum über „Die historische und objektive Wahrheit der Bibel“ veröffentlicht:

„Während das Studium der biblischen Wissenschaften in lobenswerter Weise gepflegt wird, werden in verschiedenen Gegenden Urteile und Meinungen verbreitet, welche die reine geschichtliche und objektive Wahrheit der Heiligen Schrift nicht nur des Alten Testaments (wie es schon Papst Pius XII. in der Enzyklika *Humani generis* beklagt hatte), sondern auch des Neuen gefährden, selbst in bezug auf die Worte und Taten Jesu Christi. Da derartige

Urteile und Meinungen sowohl Hirten als auch Gläubige besorgt machen, haben die Kardinäle, die mit der Reinerhaltung der Glaubens- und Sittenlehre beauftragt sind, beschlossen, alle, die über die Heilige Schrift schreiben oder sprechen, zu ermahnen, daß sie diesen erhabenen Gegenstand immer mit der gebotenen Klugheit und Ehrfurcht behandeln und stets die Lehre der heiligen Väter und den Sinn und das Lehramt der Kirche vor Augen haben, damit nicht die Gewissen der Gläubigen verwirrt noch die Glaubenswahrheiten angetastet werden“ (Lateinischer Text: „Osservatore Romano“, 22. 6. 61; deutscher Text: Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 486. Kommentar zum Monitum: „Osservatore Romano“, 22. 6. 61 [italienisch], und „La Documentation Catholique“ 1961, S. 890—894 [französisch]).

Nach dem Kommentar bezogen sich diese Ausführungen auf Arbeiten, die in verschiedenen Ländern erschienen waren und den historischen Wert gewisser Stellen des Neuen Testaments in Zweifel gezogen hatten, besonders die Kindheitsgeschichte Christi, das „Tu es Petrus“ (vgl. Erzbischof J.-J. Weber in: „L'Ami du Clergé“ 1962, S. 113—121), die Erscheinungen des auferstandenen Christus usw. Dieser Warnung folgte am 26. Juni 1961 die Indizierung des Werkes „Vie de Jésus“ von Abbé Jean Steinmann (Éditions du Club des Libraires, Paris 1960; 2. Auflage Éditions Denoël, Paris 1961). Dieses Buch ist zwar vortrefflich geschrieben, aber schrecklich minimalistisch. Man erinnere sich auch an die Notiz, die am 26. Dezember 1961 vom Secrétariat de l'épiscopat veröffentlicht wurde und die Anweisung gab, das Buch „Histoire de Jésus“ von Arthur Nisin (Éditions du Seuil, Paris 1961) aus dem Handel zu ziehen und aus den Bibliotheken der Seminarien und Ordenshäuser zu entfernen. Dieses interessante Werk aus der Feder eines inzwischen verstorbenen belgischen Laien ist zwar von echtem Glauben eingegeben, aber auch sehr minimalistisch: Es beschränkt sich praktisch auf das Markusevangelium und läßt die Kindheitsgeschichten Jesu, das „Tu es Petrus“ wie auch die johanneische Tradition außer acht. Das gleiche Buch brachte auch die außerordentlich heikle Problematik um das messianische Bewußtsein Jesu ins Spiel. Die „Urteile und Meinungen“, von denen das Monitum spricht, sind im allgemeinen von der augenblicklich meistverbreiteten exegetischen Methode angeregt, nämlich von der „Formgeschichte“ (= Geschichte der Formen der Evangelien-Dokumente), zuweilen auch „Form- und Traditionsgeschichte“ (= Geschichte der Formen und Überlieferung) genannt. Wie diese Termini zeigen, will besagte Methode sich um das Studium der allmählichen Entstehung der evangelischen Berichte bemühen, indem sie diese nach der jeweiligen Form in literarische Kategorien einteilt. Die Methode dient weiter dazu, die Rolle der